

# Kurzbericht

## Politische Teilhabe

### Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen

## Partizipatives Forschungsprojekt

**Forschungsbüro Menschenrechte**  
Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH  
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 37a, A-8010 Graz  
[www.lebenshilfen-sd.at](http://www.lebenshilfen-sd.at)

## Einleitung

Das Forschungsbüro Menschenrechte der Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH macht sich zur Aufgabe, auf Basis eines partizipativen Forschungsansatzes Themen zu behandeln, die für alle Menschen, speziell jedoch für jene mit Behinderungen, interessant und relevant sind. Im Vordergrund steht die Intention, Menschen mit Behinderungen als Co-ForscherInnen, die ihren Erfahrungshintergrund als Expertise in diese Fragestellungen einbringen, zu etablieren. Die Forschungsergebnisse sollen Anregungen zu einer gesellschaftlichen Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen liefern.

Das vorliegende Forschungsprojekt beschäftigt sich mit der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Ziel der Arbeit war es, die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu beleuchten. Einerseits, weil zu dieser Thematik bisher keine Forschungsergebnisse für Österreich vorliegen (vgl. Wegscheider 2013, S. 220) und andererseits, um auf den Auftrag der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (insbesondere Artikel 4 und 29) aufmerksam zu machen.

Für dieses Projekt wurden mittels Fragebogen (n=274) und Gruppendiskussionen (3 Diskussionen mit durchschnittlich 6 Personen) relevante Daten hinsichtlich Wahlbeteiligung, Wahlhindernisse, Informationsgewinnung sowie politischer Partizipation erhoben. Zudem wurden demographische Angaben wie beispielsweise Alter, Geschlecht, Arbeits- und Wohnsituation abgefragt.

Die Befragung wurde in Form von persönlichen Gesprächen durchgeführt und dokumentiert. Zum einen, um die Rücklaufquote zu maximieren, zum anderen, um eventuell auftretende Unklarheiten unmittelbar klären zu können. Der persönliche Kontakt war insbesondere für die Co-Forschenden von Bedeutung. Nicht zuletzt, um Erfahrungswerte zu sammeln. Aber auch für die befragten Personen erwies sich das persönliche Gespräch als positiv. So erfuhren sie eine unmittelbare Wertschätzung ihrer Teilnahme und Unterstützung.

# 1 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Fragebogenerhebung zeigen, dass die Wahlbeteiligung innerhalb des befragten Personenkreises bezogen auf die Bundespräsidentenwahl im Dezember 2016 signifikant unter jener der Gesamtbevölkerung liegt. Ins Auge fällt die Tatsache, dass rund ein Viertel (25,5 %) der befragten Personen überhaupt nie wählt.

Die Hauptgründe nicht zu wählen, stellen geringes Interesse (63 Nennungen) sowie Informationsmangel (52 Nennungen) dar. In diesem Zusammenhang wird vermutet, dass in vielen Fällen das mangelnde Interesse auch auf den Informationsmangel zurückzuführen ist. Mittels der offenen Fragen, die im Fragebogen enthalten waren, konnte zudem festgestellt werden, dass auch die Art und Weise, wie Politikerinnen und Politiker sich verhalten, einen Grund für die geringe Wahlbeteiligung darstellt. Thematisiert wurden vordergründig Streitigkeiten sowie nicht eingehaltene Wahlversprechen.

Die Annahme, dass die Wahlbeteiligung von Menschen mit Körper- und Lernbehinderung aufgrund der räumlichen Barrieren niedriger ist als von Menschen mit ausschließlicher Lernbehinderung, konnte nicht belegt werden. Weitere Berechnungen hinsichtlich Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen Formen der Behinderungen wurden aufgrund der zu geringen Gruppengrößen nicht durchgeführt.

Die Hypothese, dass ältere Menschen mit Behinderungen aufgrund ihrer nicht so ausgeprägten Erziehung zu politischer Bildung und Selbstbestimmung eine geringere Wahlbeteiligung aufweisen als jüngere, musste ebenso verworfen werden. Die Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen steigt mit zunehmendem Alter, ebenso wie in der Gesamtbevölkerung (vgl. Schäfer 2013; Bauer 2004).

Die Vermutung, dass die Höhe der Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen vom Wohnort (Stadt-Land) abhängt, konnte nicht belegt werden. Jedoch konnte gezeigt werden, dass die Wahlbeteiligung von der persönlichen Wohnsituation abhängt. Entgegen der Aussage von Wegscheider (2013), die davon ausgeht, dass Menschen mit Behinderungen in Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe eine geringere Wahlbeteiligung aufweisen, zeigt sich, dass in der erhobenen Stichprobe das Gegenteil der Fall ist. Personen mit Behinderungen, die bei der Familie leben, weisen eine signifikant niedrigere Wahlbeteiligung auf als jene, die in Wohnformen der Behindertenhilfe leben.

Barrierefreiheit benötigen 27,7 Prozent jener Personen, die wählen gehen. Hierbei werden vor allem der barrierefreie Eingang zum Wahllokal (39 Nennungen) und gut lesbare Wahlzettel (35 Nennungen) genannt. Zudem gaben fast die Hälfte der befragten Personen (40,9%) an, Hilfe beim Wählen (Begleitung zum Wahllokal und/oder Unterstützung beim Wählen) in Anspruch zu nehmen.

Als bedeutendste Informationsquellen zum Thema Wahlen dienen Fernsehen, Wahlwerbung und das Radio. Im Mittelfeld liegen Familie, Zeitung und Begleitpersonen. Zum Schluss kommen Internet, die amtliche Verständigung und der Freundeskreis.

Fast drei Viertel (73,7 %) der befragten Personen sind politisch nicht aktiv. Von den politisch aktiven Personen betätigt sich die überwiegende Mehrheit im Rahmen der Behindertenhilfe

(vorrangig im Bereich der KundInnenvertretung). Von den nicht Aktiven können sich jedoch gut 40 Prozent vorstellen, künftig politisch aktiv zu partizipieren. Dies jedoch wiederum zum Großteil innerhalb der Möglichkeiten jener Organisation, deren Dienstleistung sie in Anspruch nehmen. Das lässt den Schluss zu, dass über die Behindertenhilfe hinaus wenige Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen existieren, was auch bei den offenen Fragen und den Gruppendiskussionen zum Ausdruck kam. Hier gab es explizit den Wunsch nach mehr Selbst- und Mitbestimmung. Aus diesem Grund sowie aus der Tatsache, dass es nach Angaben der befragten Personen einen starken Mangel an adäquater Information gibt, werden mehr politische Bildung im schulischen Kontext sowie leichter verständliche Informationsquellen gefordert.

Zusammenfassend ergibt sich, dass Menschen mit Behinderungen grundsätzlich Willens sind, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und das auch zeigen. Hindernisse dafür treten aber oft schon weit im Vorfeld von Wahlen auf. Barrierefreiheit und die Möglichkeit zu partizipieren bedeutet mehr, als nur ungehindert ins Wahllokal zu kommen. Hier herrscht vor allem im Bereich der politischen Bildung und bei der zur Verfügung Stellung von und dem Zugang zu leicht verständlicher Information hoher Nachholbedarf.

10 Jahre nach Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gibt es noch viel zu tun. Jedes Jahr ist ein gutes Jahr und eine gute Gelegenheit, bloße Rechtsansprüche in gelebte Praxis umzuwandeln.

## 2 Ausblicke

Um das Ziel einer stärkeren politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu erreichen, werden entsprechend den Erkenntnissen dieser Studie folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

### Barrierefreie Informationen

Sowohl die Erkenntnisse aus dem Fragebogen als auch jene der Gruppendiskussionen lassen darauf schließen, dass der Mangel an adäquater Information zu den Hauptgründen für die signifikant niedrigere Wahlbeteiligung gehört:

- Verfassen sämtlicher politischer Programme in einfacher Sprache.
- Leicht lesbare und gut verständliche Wahlzettel (z.B. versehen mit Bildern).
- Leicht verständliche Berichterstattung in den Medien bzw. eigene Medien, die Informationen leicht verständlich aufbereiten.
- Übersetzung sämtlicher Gesetzestexte und Verordnungen in leicht verständlicher Sprache.
- Leicht lesbare und gut verständliche Aufbereitung von Informationen im Internet.
- Ausbau des Einsatzes von Technologien, um Informationen hörbar abrufen zu können (z.B. Vorleseprogramme, Bildbeschreibungsprogramme).
- Verstärkter Ausbau und Zurverfügungstellung von Technologien, die den barrierefreien Gebrauch von Informationen erleichtern (z.B. personenbezogene Steuerungsprogramme, Computerprogramme für leichte Sprache, ergonomisch leicht handhabbare Technikutensilien).

### Politische Bildung

Wie aus den Ergebnissen ersichtlich, wird dem Thema der politischen Bildung in der Schulbildung für Menschen mit Behinderungen wenig Bedeutung zugemessen. Auch im Alltag spielt die Auseinandersetzung mit politischen Fragen eine eher untergeordnete Rolle:

- Verstärktes Augenmerk auf politische Bildung im Schulunterricht, speziell abgestimmt auf Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen (z.B. leicht verständliche Vermittlung von komplexen politischen Zusammenhängen).
- Ausbau von Angeboten in der Erwachsenenbildung und Förderung der entsprechenden Programme.
- Politische Bildung und Information sowie Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen als Teil der Leistung im Rahmen der Maßnahmen der Behindertenhilfe verankern.
- Programme zur Schulung der Medienkompetenz von Menschen mit Behinderungen flächendeckend initiieren.

## **Politisch aktiv sein**

Wie der Studie zu entnehmen ist, findet politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fast ausschließlich im Rahmen der Möglichkeiten in der Behindertenhilfe statt. Gleichzeitig lassen aber vor allem die Erkenntnisse aus den Gruppendiskussionen auf den Wunsch nach stärkerer Mitwirkung am politischen Geschehen schließen:

- Angebote initiieren, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen sich aktiv an der Diskussion gesellschaftspolitischer Fragen beteiligen können (z.B. Bürgerforen).
- Gesetzliche Verankerung und stärkere Förderung von Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen.
- Verstärkt Assistenzangebote für Menschen mit Behinderungen, vor allem auch mit Lernbehinderung, in jenen Bereichen, in denen sie Unterstützung brauchen, damit sie selbstbestimmt ihre Angelegenheiten vertreten können.
- Modelle entwickeln, damit Menschen mit Behinderungen auf lokaler/regionaler Ebene politisch aktiv werden und öffentliche Funktionen ausüben können (z.B. als Referentinnen und Referenten für Selbstbestimmung, als Peer-Counsellor).

Die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten, in welche die oben genannten Maßnahmen einfließen könnten, sollte idealtypisch in Arbeitsgruppen stattfinden, die aus Expertinnen und Experten mit und ohne Behinderungen bestehen.

## **Teilnahme an Wahlen**

Damit allen Menschen der Zugang zu Wahlen optimal ermöglicht wird, braucht es entsprechende strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen:

- Leicht lesbare und gut verständliche Informationen zur Wahl und zum Wahlprozedere vor Ort seitens der Gemeinde/Behörden.
- Gewährleistung von Barrierefreiheit bei der Fahrt zum Wahllokal (z.B. Fahrtendienste) und beim Zugang ins Wahllokal.
- Barrierefreie Wahlkabinen, damit auch Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen ohne Problem ihre Wahlzettel ausfüllen können (unterschiedliche Höhe der Wahltische bzw. höhenverstellbare Tische, unterfahrbare Tische für Rollstuhlfahrer/innen, ausreichend Licht, gut handhabbare Stifte).
- Geschulte Wahlhelfer/innen, die eine positive Haltung gegenüber wählenden Menschen mit Behinderungen und eine optimale Unterstützung vor Ort gewährleisten.
- Leicht verständliche Beschilderung vor Ort.

## **Literaturverzeichnis**

- Wegscheider, A. (2013): Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen. In: SWS-Rundschau (53. Jg.) H 2, S. 216-234.
- Schäfer, A./Vehrkamp, R./Gagné, J. F. (2013): Prekäre Wahlen Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. In: <http://www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf> [5.2.2018].

- Bauer, W. T. (2004): Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. In: [http://politikberatung.or.at/fileadmin/\\_migrated/media/wahlbeteiligung.pdf](http://politikberatung.or.at/fileadmin/_migrated/media/wahlbeteiligung.pdf) (1.2.2018).